

TTIP: Verfassungswidrige Schiedsgerichte	2
Arbeitsmarkt: Die Kehrseite des „Jobwunders“	3
Europa: Der Zusammenhalt steht auf dem Spiel	4
Arbeitswelt: Ständiger Wandel schlaucht	6
Aufsichtsräte: Mitbestimmung erweitert den Horizont	7
TrendTableau	8

## GRIECHENLAND

# Investitionen statt Schuldenschnitt

Griechenland muss die Eurozone verlassen oder ein erneuter Schuldenschnitt wird unausweichlich, so sehen es die meisten Kommentatoren. Doch es geht auch anders. Mit etwas Hilfestellung kann das Land aus seinen Schulden herauswachsen, zeigt eine IMK-Analyse.

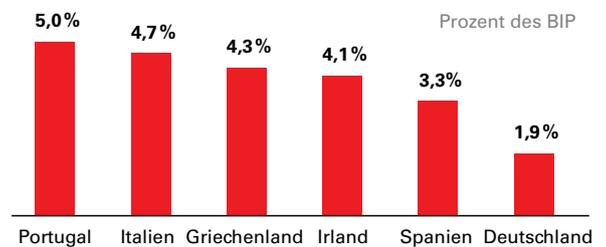
Auf den ersten Blick scheint es keine Alternative zum Verzicht der Gläubiger zu geben. Von 2007 bis 2011 stieg die Athener Staatsschuld von 100 auf 170 Prozent der Wirtschaftsleistung. Der Schuldenschnitt von 2012 verschaffte Griechenland zwar ein wenig Luft. Inzwischen ist die Quote aber über die Marke von 175 Prozent geklettert. Allerdings reicht die Schuldenquote als Indikator nicht aus, um die Lage der griechischen Staatsfinanzen zu beurteilen, erklärt IMK-Forscher Andrew Watt.\* Entscheidend sei, wie viel vom Sozialprodukt ständig für den Schuldendienst abgezweigt werden müsse. Und in dieser Hinsicht hat sich die Lage Griechenlands dem Forscher zufolge sehr wohl verbessert. Während 2007 noch 7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nötig waren, um die Zinsen für öffentliche Kredite zu bezahlen, reichten – nach den 2012 beschlossenen Erleichterungen – 2014 schon 4,3 Prozent. Das sei etwa so viel, wie Irland aufwende, und deutlich weniger, als Portugal und Italien aufzubringen hätten.

Angesichts dieser Zahlen sei es keineswegs „offensichtlich“, dass Griechenland auf längere Sicht unfähig sei, die Forderungen zu begleichen, schreibt Watt. Zumal der Staatshaushalt – ohne Schuldendienst – inzwischen im Plus sei: 2014 entsprach der „für die Nachhaltigkeit maßgebliche“ Primärüberschuss 2,7 Prozent des BIP. Und beim nominalen BIP sei eine Bewegung zum Besseren zu erkennen, stellt der IMK-Forscher fest. Obwohl die Produktion seit Beginn der Krise um rund ein Viertel geschrumpft ist, scheint das Ende der Talfahrt unmittelbar bevorzustehen. Setzt sich der aktuelle Trend fort, dürfte in diesem Jahr zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder ein Plus vor der Wachstumsrate stehen.

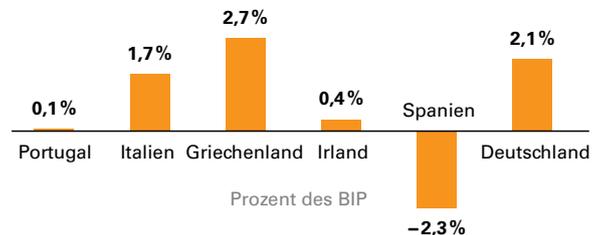
Damit Griechenland aus seinen Schulden herauswachsen könne, sei im Euroraum erstens eine Politik notwendig, die jeden Zinsanstieg vermeidet, urteilt Watt. Die Europäische Zentralbank müsse endlich ihr Mandat erfüllen und die Inflation in die Nähe der Zielmarke von knapp zwei Prozent bringen. Zudem seien in Griechenland neben „der notwendigen“ Lockerung der Austeritätspolitik öffentliche, teilweise mit europäischen Mitteln finanzierte Investitionen zur Beschleunigung des Wachstums hilfreich. Ein Schuldenschnitt oder gar ein Euro-Austritt bringe dagegen große Verluste für die Steuerzahler mit sich und könne Turbulenzen an den Finanzmärkten verursachen, die nicht nur Griechenlands Genesung von der Finanzkrise infrage stellen. Denn dies würde Anlegern signalisieren, „dass Staatsanleihen im Euroraum keine sichere Anlage sind“, warnt IMK-Direktor Gustav Horn. ◀

### Auf dem Weg der Besserung

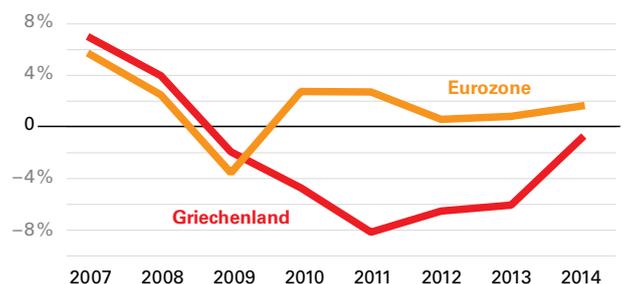
Die Staatsschuld zu bedienen kostet jährlich ...



Der primäre Haushaltsüberschuss – also ohne Zinszahlungen – betrug 2014 ...



Die nominale Wachstumsrate lag bei ...



Quelle: Watt 2015 | © Hans-Böckler-Stiftung 2015

nigung des Wachstums hilfreich. Ein Schuldenschnitt oder gar ein Euro-Austritt bringe dagegen große Verluste für die Steuerzahler mit sich und könne Turbulenzen an den Finanzmärkten verursachen, die nicht nur Griechenlands Genesung von der Finanzkrise infrage stellen. Denn dies würde Anlegern signalisieren, „dass Staatsanleihen im Euroraum keine sichere Anlage sind“, warnt IMK-Direktor Gustav Horn. ◀

\* Quelle: Andrew Watt: Is Greek Debt Really Unsustainable?, Social Europe Occasional Paper, Januar 2015  
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Verfassungswidrige Schiedsgerichte

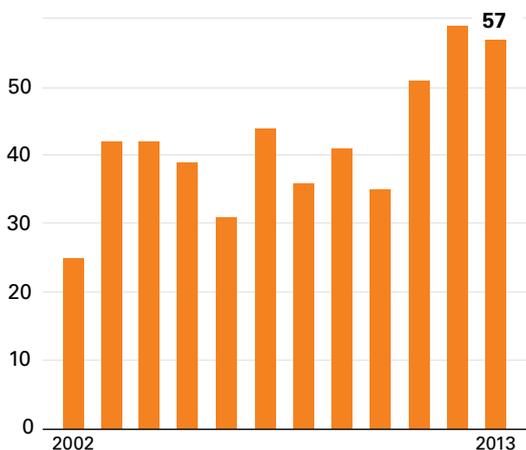
**Private Schiedsgerichte, wie sie in den transatlantischen Freihandelsabkommen vorgesehen sind, verstoßen gegen das Grundgesetz. Zu diesem Ergebnis kommt der frühere Verfassungsrichter Siegfried Broß.**

Sie sind der umstrittenste Punkt in den geplanten Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kanada (CETA) beziehungsweise mit den USA (TTIP): Schiedsgerichte, die über vermeintliche Vertragsverletzungen urteilen sollen. Klagen können ausschließlich Unternehmen – wenn sie ihre Investitionen auf der jeweils anderen Seite des Atlantiks entwertet sehen, beispielsweise durch schärfere Umwelt- oder Sozialgesetze. Verklagt werden Staaten, oft auf Schadenersatz in mehrstelliger Millionen- oder sogar Milliardenhöhe. Als „Richter“ fungieren Privatleute, meist Juristen aus großen internationalen Anwaltskanzleien. Die Verhandlungen werden, anders als Prozesse vor ordentlichen staatlichen Gerichten, nicht grundsätzlich öffentlich geführt. Eine Berufungsinstanz gibt es nicht.

**Die Skepsis gegenüber solchen Privat-Gerichten ist verbreitet – und berechtigt**, schreibt Siegfried Broß.\* Der pensionierte Richter und Honorarprofessor, der sowohl am Bundesgerichtshof als auch am Bundesverfassungsgericht Recht sprach, hat sich in einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Expertise mit CETA und TTIP auseinandergesetzt. Broß lehnt Freihandelsabkommen nicht grundsätzlich ab. Sein Befund lautet dennoch: „Diese Abkommen sind nach dem derzeitigen Stand mit den Klauseln über den Investorschutz zugunsten ausländischer Unternehmen und die Einrichtung privater Schiedsgerichte verfassungswidrig“. Daran

## Investoren klagen gegen Staaten

Mindestens so viele Investitionsschiedsverfahren gab es weltweit ...



Quelle: UNCTAD 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2015

änderten auch die vielen grundsätzlich ähnlich gestrickten Freihandelsabkommen nichts, die verschiedene Bundesregierungen seit 1959 abgeschlossen haben: „Auch wenn Deutschland eine solche Tradition begründet hat, liegt hierin noch keine Rechtfertigung dafür, hieran unverbrüchlich festzuhalten“, betont Broß.

Nach Analyse des Rechtswissenschaftlers kollidieren die geplanten Regelungen an mehreren zentralen Punkten mit Grundgesetz und Völkerrecht:

- ▶ Wenn die Bundesrepublik CETA oder TTIP **in der gegenwärtigen Form** beitrete, **verletze dies das Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip**, argumentiert Broß. Denn nach deutschem Verfassungsrecht seien allein ordentliche Gerichte die Instanzen, um über Klagen gegen Staaten zu entscheiden. Das schließe supranationale Gerichtshöfe, etwa im Rahmen der Vereinten Nationen oder EU, nicht aus, wohl aber private Schiedsgerichte.
- ▶ In die gleiche Richtung wie das deutsche Verfassungsrecht wirken nach Überzeugung des Juristen die Grundregeln des Völkerrechts. Sie besagen: Privatpersonen und private Institutionen wie Unternehmen sind „nur mittelbar über den jeweiligen Heimatstaat am Völkerrechtsverkehr beteiligt oder betroffen“. Klagen von Unternehmen vor privaten Schiedsgerichten gegen Staaten passten nicht in dieses System.
- ▶ Weiche man davon ab, könnten „parlamentarische Mitwirkung und Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts“ durch Urteile von dazu nicht legitimierten Einrichtungen unterlaufen werden. So werde „auf dem Weg einer zwischenstaatlichen Vereinbarung über den Freihandel materiell die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland in einem Staatsorganisationsprinzip geändert“. Und das sei nicht einmal mit verfassungsändernder Mehrheit des Bundestages möglich.
- ▶ Nicht akzeptabel seien schließlich **Prozesse hinter verschlossenen Türen**. Öffentliche Verhandlungen gehörten zu den elementaren Qualitäten rechtsstaatlicher Gerichtsverfahren, so Broß. Zumal das Argument, es müssten Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse geschützt werden, nicht überzeuge. Die nationalen Prozessordnungen im Patent-, Wettbewerbs- oder Gesellschaftsrecht hätten dafür längst praktikable Regeln gefunden.

Im Verhältnis von EU, USA und Kanada, also Regionen mit funktionierenden Rechtssystemen, spreche ohnehin wenig für überstaatliche Schiedsgerichte. Wolle man trotzdem partout supranationale Strukturen schaffen, etwa um Standards für spätere Freihandelsabkommen mit anderen Ländern zu setzen, ließen sich diese allenfalls als „Staatsschiedsgerichte“ verwirklichen, schreibt der Rechtswissenschaftler. Wenn „Vertreter der Vertragsstaaten mit Zustimmung der nationalen Parlamente“ als Richter berufen würden, sei das verfassungskonform und biete noch einen Vorteil: Ein dermaßen demokratisch legitimes Staatsschiedsgericht habe die Kompetenz, später auftretende Lücken und Schwächen im Vertrag durch seine Urteile zu korrigieren. ◀

\*Quelle: Siegfried Broß: Freihandelsabkommen, einige Anmerkungen zur Problematik der privaten Schiedsgerichtsbarkeit, Report der Abteilung Mitbestimmungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 4, Januar 2015  
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)

## ARBEITSMARKT

# Die Kehrseite des „Jobwunders“

Die Zahl der Beschäftigten in Deutschland erreicht einen Höchststand. Doch viele arbeiten weniger, als sie möchten. Der Anteil von Teilzeit- oder Minijobs ist in Deutschland höher als in anderen europäischen Ländern.

Die Arbeitslosenquote ist in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich gesunken, die Zahl der Beschäftigten gestiegen. Manche sprechen schon vom deutschen „Jobwunder“. Doch es gibt noch eine andere Seite: Die Zahl der Erwerbstätigen fällt auch deshalb so hoch aus, weil viele Deutsche in Teilzeit- oder Minijobs arbeiten, zeigt Sven Schreiber vom IMK in einer Analyse\*.

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als sei der deutsche Arbeitsmarkt in guter Verfassung: Die Erwerbstätigenquote – also der Anteil derjenigen, die einer Arbeit nachgehen, verglichen mit der gesamten Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter – lag hierzulande im Jahr 2013 bei gut 77 Prozent. Damit landet Deutschland im europäischen Vergleich immerhin auf Platz fünf. In kaum einem anderen Land in Europa haben also so viele Menschen eine Arbeit wie in der Bundesrepublik. Nur in Island, der Schweiz, Schweden und Norwegen liegt die Erwerbstätigenquote noch höher.

Die Zahlen sagen jedoch nichts über die Art der Beschäftigung aus oder darüber, wie viel die Menschen arbeiten. „Die nominelle Erwerbstätigenquote beruht auf einer reinen Personenzählung ohne zwischen Vollzeit- und Teilzeittätigkeiten zu unterscheiden“, schreibt der Ökonom. Insofern könne eine hohe Erwerbstätigenquote auch irreführend sein.

In seiner Analyse hat Schreiber eine korrigierte Erwerbstätigenquote errechnet, die nicht allein die Zahl der Erwerbstätigen, sondern auch deren Arbeitszeit berücksichtigt. Dazu hat der Wissenschaftler auf Daten aus der europäischen Arbeitskräfteerhebung (AKE) zurückgegriffen. In der AKE werden die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden in verschiedenen europäischen Ländern abgefragt – sowohl für die Haupttätigkeit als auch für Nebentätigkeiten.

### Ein Viertel arbeitet in Teilzeit

Um die Erwerbstätigenquote zu bereinigen, hat Schreiber alle Arbeitsstunden auf Vollzeitstellen umgerechnet. Ergebnis: Bei der korrigierten Erwerbstätigenquote steht Deutschland mit rund 66 Prozent deutlich schlechter da, im europäischen Vergleich nur noch auf Platz elf.

Zwei Faktoren tragen dazu bei, dass die Korrektur für Deutschland besonders stark ausfällt: Erstens gibt es einen hohen Anteil an Teilzeitarbeit, zweitens arbeiten die Teilzeitbeschäftigten vergleichsweise kurz.

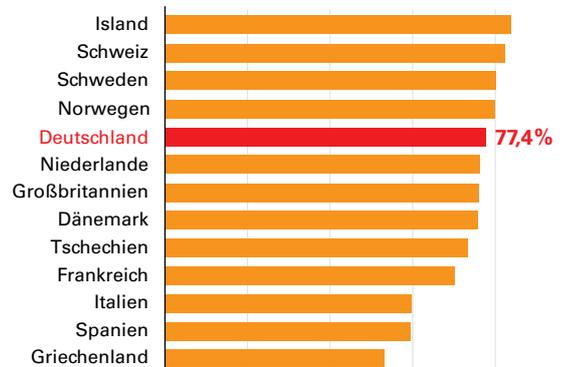
Hierzulande hat etwa ein Viertel der Beschäftigten keine volle Stelle. Höher fällt der Anteil nur in den Niederlanden und der Schweiz aus. Wenig verbreitet ist Teilzeitarbeit dagegen in östlichen oder südlichen Ländern Europas – der Anteil der Teilzeiterwerbstätigen liegt dort meist im einstelligen Prozentbereich.

„In Deutschland gehen der hohe Anteil der Teilzeittätigkeiten sowie das geringe Teilzeitstundenniveau einher mit der Verbreitung von Minijobs“, erklärt Schreiber. „Minijobber machten etwa die Hälfte der gesamten Teilzeitbeschäftigten in Deutschland aus.“

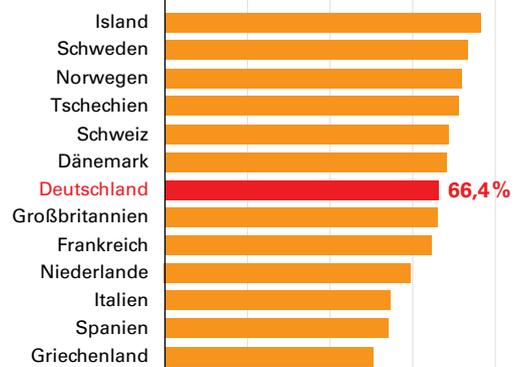
Nach aktuellen Daten des Statistischen Bundesamtes gelten 3,1 Millionen Menschen in Deutschland als „unterbeschäftigt“, das heißt sie sind zwar erwerbstätig, haben aber den Wunsch nach zusätzlichen Arbeitsstunden und stehen für diese auch zur Verfügung. Davon sind 1,7 Millionen in

### Teilzeit verzerrt die Quote

Die offizielle Erwerbstätigenquote liegt bei ...



Um Teilzeiteffekte bereinigt beträgt die Quote ...



Auswahl aus 33 Ländern  
Stand: 2013/2014; Quelle: Eurostat, IMK-Berechnungen | © Hans-Böckler-Stiftung 2015

Teilzeit beschäftigt. Bei den Teilzeitbeschäftigten handelt es sich überwiegend um Frauen.

In vielen Fällen dürfte die reduzierte Stundenzahl nicht freiwillig gewählt sein: Drei Viertel der Teilzeitbeschäftigten gaben in der Arbeitskräfteerhebung an, dass sie entweder keine Vollzeitstelle finden konnten oder aus familiären Gründen – etwa der Betreuung von Kindern und Angehörigen – in Teilzeit arbeiten. Schreiber sieht hier Handlungsbedarf: Damit alle die gleichen Chancen hätten, am Arbeitsleben teilzunehmen, müsse die Politik die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter verbessern. ◀

\* Quelle: Sven Schreiber, Erwerbstätigkeit in Deutschland im europäischen Vergleich, IMK Report 103, Januar 2015  
Link zur Studie unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

# Der Zusammenhalt steht auf dem Spiel

In der EU bestehen bedenkliche Ungleichheiten in den Bereichen Bildung, Beschäftigung und Vermögen. Auch für die Demokratie ist das ein Problem.

Wer es gern vielfältig hat, sollte Europa zu schätzen wissen: Hier gibt es auf relativ engem Raum ausgeprägte sprachliche, kulinarische und städtebauliche Unterschiede. Weniger reizvoll erscheint, dass es auch erhebliche soziale Differenzen gibt – und zwar sowohl innerhalb der EU-Staaten als auch zwischen ihnen. Wie gravierend dieses Problem ist, haben Jutta Allmendinger, die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), und die WZB-Forscherin Ellen von den Driesch in einer Studie zusammengefasst, in die auch die Ergebnisse eines von der Hans-Böckler-Stiftung unterstützten Projekts eingeflossen sind.\* Die Wissenschaftlerinnen weisen anhand von Daten der EU-Kommission und der OECD nach, dass die soziale Unwucht in Europa in vielerlei Hinsicht zugenommen hat. Eine Schlüsselrolle spielt dabei der ungleiche Zugang zu Bildung.

**Defizite bei der Bildung:** Je wichtiger Qualifikation in der modernen Arbeitswelt werde, umso fataler wirke sich fehlende Bildung aus, schreiben Allmendinger und von den Driesch. Der Anteil der 25- bis 34-Jährigen ohne Sekundarbildung – in Deutschland ohne Hauptschulabschluss – schwankt ihrer Analyse zufolge zwischen 41 Prozent in Malta und 6 Prozent in Polen, Tschechien und der Slowakei. Bei der Lesekompetenz erreichen laut der PISA-Studie EU-weit knapp 20 Prozent der 15-Jährigen lediglich die niedrigste Fähigkeitsstufe, das heißt, sie müssen als funktionale Analphabeten gelten. Am größten ist der Anteil mit deutlich mehr als 30 Prozent in Bulgarien, Rumänien und Zypern, am niedrigsten in Irland und Estland.

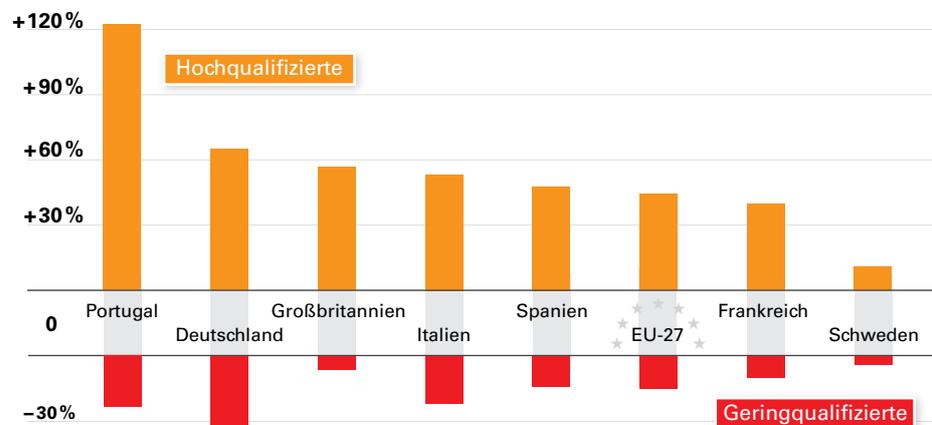
Den größten Einfluss sowohl auf die formale Qualifikation als auch auf die kognitiven Kompetenzen habe in fast allen EU-Staaten die soziale Herkunft, so die Forscherinnen. Vergleichsweise gering sei der Effekt in Estland und Skandinavien, besonders groß unter anderem in Deutschland und Frankreich. Die zum Teil weit verbreitete Bildungsarmut zu bekämpfen, halten die Autorinnen für „die größte soziale Herausforderung“ der EU. Dass es möglich ist, die Ungleichheit im Bildungsbereich zu reduzieren, ohne die Qualität insgesamt zu beeinträchtigen, zeigten Staaten wie Irland, Polen oder Estland. Dort gehe ein hohes Bildungsniveau mit vergleichsweise geringen Differenzen einher. Wichtig sei es, möglichst allen Kindern einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Frühe Selektion dagegen verschärfe die soziale Ungleichheit.

**Ungleiche Beschäftigungschancen:** Auch die europäischen Arbeitsmärkte zeichnen sich laut der WZB-Studie durch massive Gegensätze aus. Zu den sogenannten NEETs (Not in Education, Employment or Training), die sich weder in Ausbildung befinden noch einen Job haben, gehören insgesamt 15,9 Prozent der EU-Bürger im Alter von 15 bis 29 Jahren: 8 Prozent sind erwerbslos, 7,9 Prozent inaktiv. Der Anteil der Inaktiven reicht von 4 Prozent in Luxemburg, Schweden und den Niederlanden bis zu 17 Prozent in Bulgarien. Die Erwerbsquote habe in den meisten Ländern zwar seit 2002 zugenommen, die Unterschiede seien allerdings nicht kleiner geworden. Schweden liegt mit 80 Prozent vorn, Griechenland und Kroatien sind mit 55 Prozent die Schlusslichter. Das EU-Ziel einer Erwerbsquote von mindestens 50 Prozent bei den Älteren erreiche nur jedes zehnte Mitgliedsland.

Bildung spielt eine entscheidende Rolle, wenn es um Chancen auf dem Arbeitsmarkt geht. In allen Ländern gelte: Je höher der Abschluss, desto höher der Anteil der Erwerbstätigen.

## Schlechte Karten ohne Ausbildung

Im Vergleich zu Beschäftigten mit mittlerer Qualifikation verdienen ...



Stand: 2010  
Quelle: Allmendinger, von den Driesch 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2015

Die Erwerbsquote Geringqualifizierter ist der Auswertung zufolge im EU-Schnitt 25 Prozentpunkte niedriger als die der Menschen mit mittlerer Qualifikation. Deren Abstand zu den Hochschulabsolventen beträgt wiederum 18 Prozentpunkte. Nach wie vor ein bedeutsamer Faktor ist zudem das Geschlecht: Die Differenz zwischen den Erwerbsquoten von Männern und Frauen beträgt durchschnittlich 12 Prozentpunkte, in Malta 32, in Litauen einen Prozentpunkt.

Was die Qualität der Arbeit betrifft, seien keine eindeutigen Entwicklungsmuster erkennbar, schreiben die WZB-Forscherinnen. In den Niederlanden, Österreich, Deutschland und Italien habe mit der Erwerbsquote auch die atypische Beschäftigung zugenommen. In Großbritannien, Frankreich und Skandinavien sei es dagegen gelungen, die Quote ohne

eine Ausweitung atypischer Jobs zu steigern. Vor allem in Deutschland haben die Ungleichheiten in diesem Zusammenhang deutlich zugenommen: Eine unbefristete Vollzeitstelle haben mittlerweile nur noch 19 Prozent der Geringqualifizierten, bei denjenigen mit mittlerer und hoher Qualifikation sind es 44 und 52 Prozent. Um der sozialen Schieflage auf den Arbeitsmärkten entgegenzuwirken, empfehlen Allmendinger und von den Driesch einerseits, für mehr Bildungsgerechtigkeit zu sorgen. Andererseits müsse die Politik Geringqualifizierten mehr Beschäftigungsmöglichkeiten bieten.

**Die Kluft bei den Einkommen wächst:** Bildung lohnt sich der Analyse zufolge auch in finanzieller Hinsicht. Im EU-Schnitt verdienen Geringqualifizierte 15 Prozent weniger, Hochschulabsolventen 44 Prozent mehr als Erwerbspersonen mit mittlerer Qualifikation. Deutsche mit Uni-Abschluss kassieren sogar zwei Drittel mehr als ihre Landsleute mit Berufsausbildung. Über die Zeit hat die Polarisierung bei den Einkommen spürbar zugenommen, haben die Sozialwissenschaftlerinnen beobachtet. Zwischen 2006 und 2010 haben die Geringqualifizierten in Deutschland demnach im Vergleich zur mittleren Gruppe 11 Prozentpunkte eingebüßt, die Hochqualifizierten ihren Vorsprung um 9 Prozentpunkte ausgebaut. Nur in Polen und Großbritannien wirkt sich das Bildungsniveau ähnlich drastisch auf das Einkommen aus.

Zwischen den durchschnittlichen Jahresbruttoeinkommen, die zwischen 55.000 Euro in Dänemark und 5.000 Euro in Bulgarien liegen, und der Spreizung der Einkommen scheint nach Einschätzung der WZB-Forscherinnen ein Zusammenhang zu bestehen: In reichen Ländern wie beispielsweise Finnland, Belgien, Schweden, Österreich oder den Niederlanden sei die Ungleichheit tendenziell geringer. Länder wie Litauen, Lettland, Bulgarien oder Rumänien seien dagegen zugleich arm und ungleich.

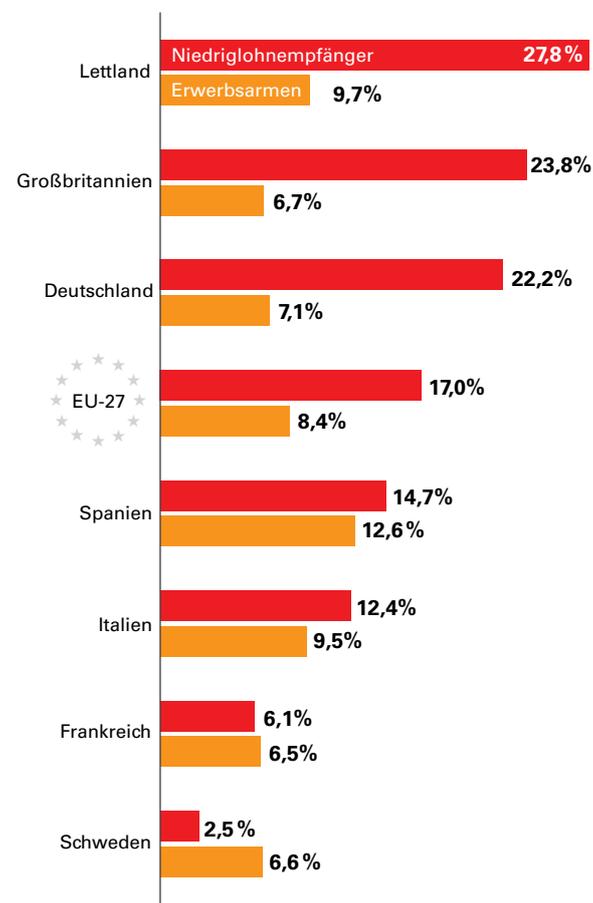
**Die Reichen bekommen immer mehr vom Kuchen:** Bei den Vermögen liegt Deutschland laut Europäischer Zentralbank mit einem Medianwert von 51.400 Euro pro Haushalt unter den Euro-Staaten hinten, Luxemburg mit 397.800 Euro vorn. Den höchsten Wert weist Deutschland dagegen zusammen mit Österreich bei der Vermögensungleichheit auf. Die reichsten 5 Prozent der Deutschen und Österreicher besäßen etwa 45 Prozent des Vermögens, die untere Hälfte weniger als 3 Prozent, so Allmendinger und von den Driesch. Genau so wie beim Einkommen habe die Ungleichheit der Vermögen beträchtlich zugenommen. Das effektivste Mittel dagegen wären höhere Steuern auf Kapitalerträge.

**Armut breitet sich aus:** Analog zur Schieflage bei Einkommen und Vermögen hat sich die Armut entwickelt. 2012 galten 84 Millionen oder 17 Prozent der EU-Bürger als arm, sie hatten weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung. 2005 waren es noch 79 Millionen. Allein in Deutschland belief sich der Zuwachs auf 3 Millionen. Von Armut bedroht sind dabei in zunehmendem Maße auch Erwerbstätige: Mittlerweile, so die Auswertung des WZB, gibt es EU-weit 18 Millionen „working poor“, 8,4 Prozent aller Beschäftigten sind betroffen. 3 Millionen davon leben in Deutschland, wo die Zahl seit 2005 um mehr als eine Million gestiegen ist. Ein Grund dürfte der ausufernde Niedriglohnsektor sein: 21 Millionen Beschäftigte in der EU verdienen weniger als zwei Drittel des mittleren Lohns, allein in Deutschland sind es 5 Millionen. Besonders gefährdet sind hierzulande Teilzeitbeschäftigte und Geringqualifizierte.

Helfen könnte laut Allmendinger und von den Driesch zum einen eine möglichst hohe Tarifabdeckung. Zum anderen gelte es, gleiche Rechte und Bezahlung für Teilzeitbeschäftigte durchzusetzen.

## Arm trotz Arbeit

So hoch war 2010 der Anteil der ...



Quelle: Allmendinger, von den Driesch 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2015

Wenn es nicht gelingen sollte, die sozialen Ungleichheiten einzudämmen, droht nach Einschätzung der Wissenschaftlerinnen auch die Demokratie Schaden zu nehmen: Untersuchungen hätten gezeigt, dass verschiedene Formen der politischen Partizipation wie etwa das Engagement in Parteien oder Bürgerinitiativen in ungleichen Gesellschaften zurückgehen. Zudem leide die Solidarität unter den Bürgern nachweislich unter sozialen Gegensätzen. Alles in allem sei davon auszugehen, dass Ungleichheit die politische Exklusion ganzer Bevölkerungsschichten und den Extremismus befördert. Um das zu verhindern, müsse neben der wirtschaftlichen endlich auch die soziale Union vorangetrieben werden. Verfehlte Bildungspolitik, Sozialkürzungen, Arbeitsmarktderegulierung und unzureichende Besteuerung von Vermögen und hohen Einkommen verschärfen die Ungleichheit und schwächen den sozialen Fortschritt ◀

\* Quelle: Jutta Allmendinger, Ellen von den Driesch: Social Inequalities in Europe: Facing the Challenge, WZB Discussion Paper P 2014-005, November 2014  
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)

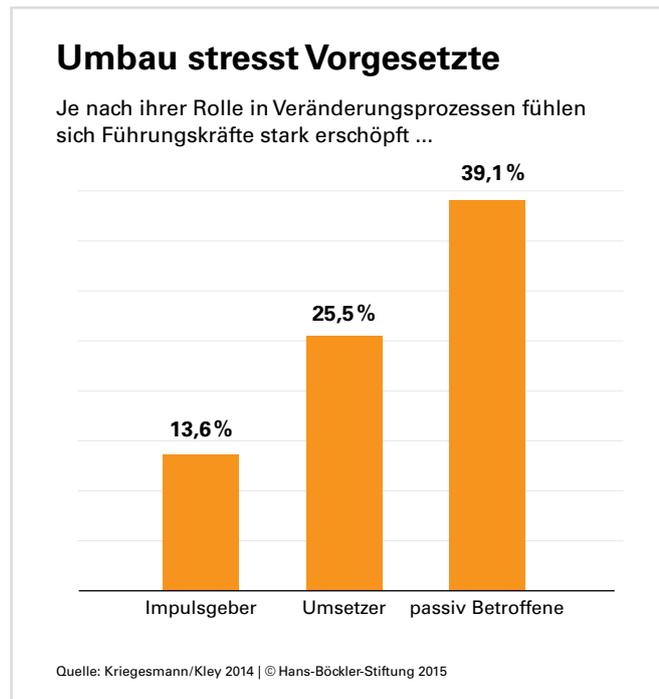
# Ständiger Wandel schlaucht

**Permanente Reorganisation ist in vielen Unternehmen Alltag. Darunter leidet die Gesundheit – besonders bei denjenigen, die nicht selbst entscheiden können, sondern umsetzen müssen, was andere beschlossen haben.**

„Change!“ ist das Schlagwort, mit dem zahlreiche Firmen ihre „feberhafte Suche“ nach der schlanksten und effizientesten Organisationsform überschreiben, so Bernd Kriegesmann und Thomas Kley vom Institut für angewandte Innovationsforschung der Universität Bochum. Die Wissenschaftler haben untersucht, wie sich dieses „Management-Mantra“ auf die Gesundheit der Angestellten auswirkt.\* Im Mittelpunkt ihrer Untersuchung stehen Interviews mit 133 betroffenen Führungskräften verschiedener Hierarchieebenen aus unterschiedlichen Unternehmen.

Zum einen seien Führungskräfte besonders belastet, schreiben Kriegesmann und Kley, weil sie Umstrukturierungsaufgaben oft zusätzlich zum normalen Tagesgeschäft erledigen müssten. Dazu kommt die Anforderung, ihren Mitarbeitern den Wandel zu „verkaufen“. Zum anderen prägen sie die Arbeitsbedingungen der übrigen Beschäftigten: Wer sich ständig selbst überfordert, übersieht leicht die Überlastung seiner Untergebenen. Daher komme den Vorgesetzten „im Hinblick auf betriebliche Präventionspolitik entscheidende Bedeutung“ zu.

Im „grünen Bereich“ bewegt sich der Untersuchung zufolge nur ein Viertel der Befragten. Gut die Hälfte zeigt Anzeichen von „moderater Erschöpfung“. 23 Prozent sind stark erschöpft. Bei ihnen sind die Symptome – Müdigkeit, Energiemangel, Reizbarkeit, Ohnmachtsgefühle und Hoffnungs-



losigkeit – so deutlich ausgeprägt, dass damit beispielsweise ein deutlich erhöhtes Herzinfarkt- oder Schlaganfallrisiko einhergeht.

Grundsätzlich zeigt die Studie zwar, dass Führungskräfte ohnehin dafür prädestiniert sind, sich zu überarbeiten. Einige Belastungsfaktoren stehen jedoch in erkennbarem Zusammenhang zu Change-Management-Prozessen. Vor allem die eigenen Einflussmöglichkeiten spielen eine wichtige Rolle: Führungskräfte, die sich selbst als Initiator der Umgestaltung sehen („Impulsgeber“), sind seltener erschöpft als solche, die angeben, nur die Vorgaben anderer umzusetzen. **Am meisten gestresst sind „passiv Betroffene“**, die gar keine Möglichkeit zur Mitgestaltung haben. Sie sind oft frustriert, weil sie sich vor vollendete Tatsachen gestellt sehen oder ihnen die Projektziele unklar sind.

Stark erschöpft sind außerdem Führungskräfte, die sehr viel Zeit mit – nach eigener Einschätzung – nicht-wertschöpfender Arbeit verbringen: Dokumentationen erstellen und endlosen Meetings beiwohnen.

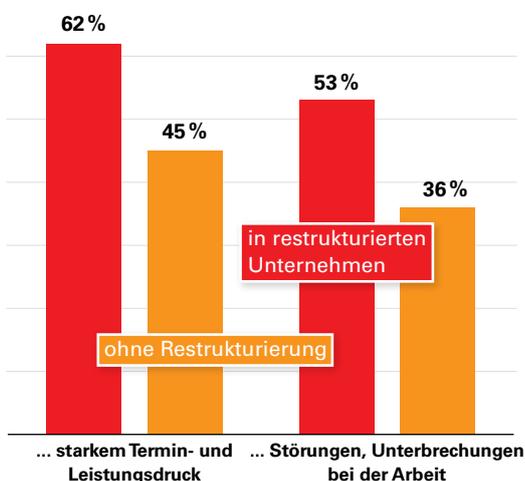
Nur mit den üblichen Programmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung lasse sich die Situation kaum verbessern, schreiben Kriegesmann und Kley. Aus ihrer Untersuchung gehe hervor, dass Führungspersonal ohnehin eher selten an den Angeboten teilnimmt. Prävention müsse eher auf der Arbeitsebene ansetzen. Denn nicht der Wandel an sich löse Stress aus, sondern die Art und Weise, wie er – parallel zum Tagesgeschäft – organisiert sei.

Profitieren würde von entlasteten Chefs nicht nur die Belegschaft. Auch die Marktposition von Unternehmen dürfte sich nach Einschätzung der Forscher durch eine enge Verzahnung von Change-Management und Gesundheitsprävention verbessern. Jedenfalls gelte: „Mit erschöpften Akteuren ist der Wettbewerb um die effizienteste und schlankste Organisation nicht zu gewinnen.“ ◀

\* Quelle: Bernd Kriegesmann, Thomas Kley: „Gesund durch Veränderungsprozesse?!“ Belastung und Erschöpfung von Führungskräften in Change-Management-Prozessen, in: Arbeit 2/2014  
**Mehr Informationen unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)**

## Restrukturierung kostet Nerven

Beschäftigte leiden unter ...



Quelle: BAuA Stressreport 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2015

# Mitbestimmung erweitert den Horizont

**Arbeitnehmervertreter bringen zusätzliche Perspektiven in die Aufsichtsratsarbeit ein und erhöhen den Frauenanteil. Auch Vertreter der Kapitaleseite empfinden das als Bereicherung.**

Auf die Mischung kommt es an: Das gilt für Zement, Wertpapierportfolios und Müsli. Dass es auch auf Aufsichtsräte zutrifft, zeigen Mihael Duran und Kerstin Pull. Die Wirtschaftswissenschaftler von der Universität Tübingen haben untersucht, inwiefern Mitbestimmung Aufsichtsräte vielfältiger macht und welche Auswirkungen das auf deren Funktionsweise hat.\* Das Ergebnis ihrer von der Hans-Böckler-Stiftung unterstützten Studie: Arbeitnehmervertreter verbreitern die Wissensbasis und tragen zu einem ausgewogeneren Geschlechterverhältnis bei. Beides dürfte sich positiv auf die Aufsichtsratsarbeit auswirken.

Aus theoretischer Sicht spricht laut Duran und Pull einiges dafür, dass Vielfalt die Leistungsfähigkeit von Gruppen erhöht. Unterschiedliche Persönlichkeiten dürften demnach dieselbe Situation anders beurteilen, heterogene Teams also über mehr Perspektiven verfügen. Außerdem sei davon auszugehen, dass sich die Mitglieder solcher gemischten Teams in ihren Kenntnissen und Fähigkeiten ergänzen. Andererseits gehe Vielfalt möglicherweise mit einem erhöhten Risiko von Konflikten und Verständigungsproblemen einher.

Um einen Eindruck davon zu gewinnen, wie sich diese Zusammenhänge in Aufsichtsräten darstellen, haben die Forscher 13 Aufsichtsratsmitglieder interviewt: acht Arbeitnehmervertreter, darunter drei Frauen, und fünf Vertreter der Kapitaleseite. Darüber hinaus haben sie Lebensläufe und Unternehmensdaten ausgewertet. Die Interviewpartner verfügen über Erfahrungen aus insgesamt über 40 Mandaten bei deutschen Unternehmen unterschiedlicher Branchen mit bis zu 22.000 Mitarbeitern.

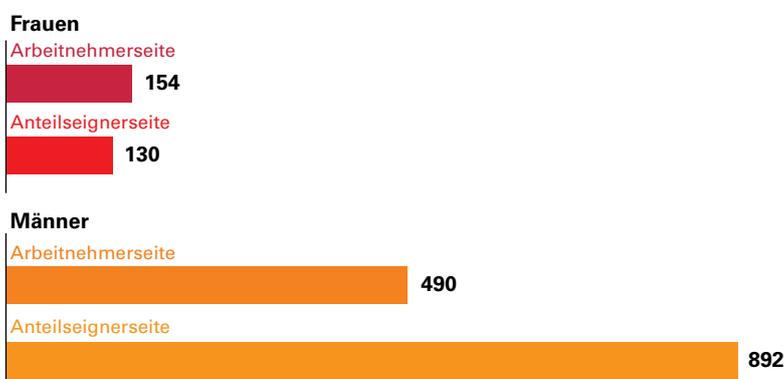
Alles in allem, so Duran und Pull, seien sich die Befragten einig, dass sich Mitbestimmung positiv auf die Zusammensetzung und Arbeitsweise von Aufsichtsräten auswirkt: „Die Unterschiedlichkeit von Wissensbeständen und Kompetenzen wird allgemein als produktiv und zielführend angesehen.“ Arbeitnehmervertreter aus den Reihen der Belegschaft könnten vor allem ihr spezifisches Wissen über interne Prozesse einbringen. Vertreter der Anteilseigner heben hervor, wie nah diese Kollegen „am Puls der Belegschaft“ sind, und loben die Verpflichtung gegenüber dem Unternehmenswohl.

Gewerkschaftsvertreter sind der Analyse zufolge oft gut informiert über Entscheidungsprozesse in vergleichbaren Unternehmen und über das Branchenumfeld – etwa weil sie Mandate in anderen Aufsichtsräten wahrnehmen. Zudem verfügten sie über spezifisches fachliches Wissen, beispielsweise als Juristen oder Betriebswirte. Darüber hinaus könnten sie zum Teil mit internationalen Erfahrungen aus Euro-Betriebsräten oder gewerkschaftlichem Engagement auf europäischer Ebene aufwarten.

Zugleich hätten die Interviews gezeigt, dass die Kapitalvertreter oft keine genaue Vorstellung über die Unterschiede in den Wissensbeständen und Kompetenzen zwischen den beiden Gruppen der Arbeitnehmer haben, schreiben die Wissenschaftler. Die Vertreter der Beschäftigten würden eher als homogene Bank wahrgenommen. Das heiße, dass die Anteilseigner die Expertise der Arbeitnehmerseite eher noch unterschätzen.

## Weiblicher dank Mitbestimmung

In den Aufsichtsräten der 160 größten börsennotierten Unternehmen sitzen ...



Stand: Ende 2013; Quelle: WSI GenderDatenPortal 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2015

Dass Mitbestimmung zu einem höheren Frauenanteil in Aufsichtsräten beiträgt, bewerten die Befragten einhellig positiv – auch wenn sich die Kapitalvertreter zugleich gegen eine feste Quote aussprechen. Laut männlichen Interviewpartnern ändern sich die „Kultur“ und das „Klima“ der Diskussionen, wenn Frauen dabei sind. Zu begrüßen sei, dass Frauen „eine andere Sicht auf die Dinge haben und auch mal andere Themen ansprechen“. Die weiblichen Aufsichtsratsmitglieder selbst beschrieben sich als fleißiger und kritischer, aber auch zurückhaltender als Männer. Dass der Frauenanteil auch auf der Seite der Anteilseigner langfristig zunehmen dürfte, könnte nach Einschätzung der Autoren dazu beitragen, Verwerfungen zwischen den Banken abzubauen.

Insgesamt, so das Fazit von Duran und Pull, stützen die Ergebnisse die Vermutung, dass Arbeitnehmervertreter eine wichtige Funktion erfüllen: „Sie repräsentieren unterschiedliche Wissensträgertypen und vergrößern damit die fachliche Diversität.“ Dieser positive Beitrag werde ausdrücklich auch von Anteilseignern anerkannt. ◀

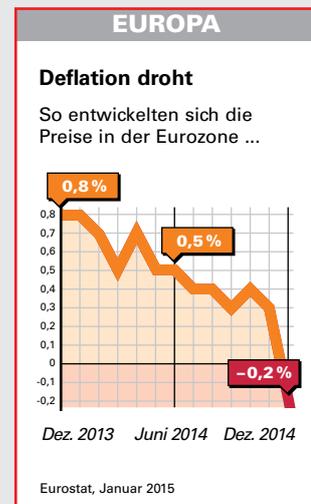
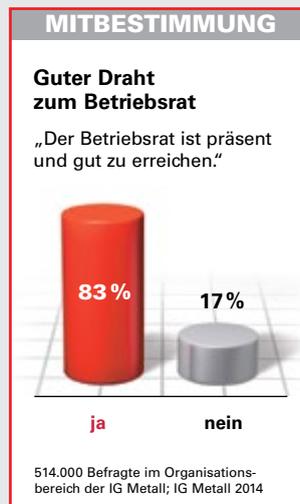
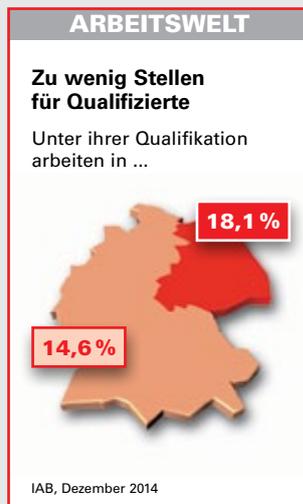
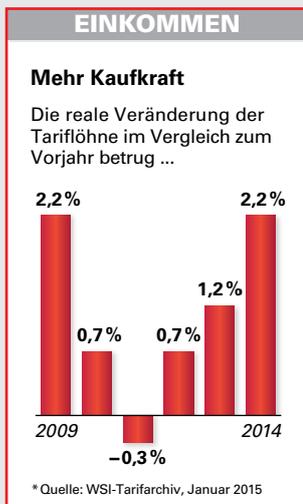
\* Quelle: Mihael Duran, Kerstin Pull: Der Beitrag der Arbeitnehmervertreter zur fachlichen und geschlechtlichen Diversität von Aufsichtsräten: Erkenntnisse aus einer qualitativ-explorativen Analyse, in: Industrielle Beziehungen 4/2014  
 Mehr Informationen unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)

## Impressum

**Herausgeber:** Hans-Böckler-Stiftung  
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon: 02 11 / 77 78-0  
**Verantwortlicher Geschäftsführer:** Dr. Wolfgang Jäger  
**Leiter Öffentlichkeitsarbeit:** Rainer Jung  
**Redaktion:** Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen,  
 Dr. Kai Kühne, Katja Wolf; **E-Mail:** redaktion-impuls@boeckler.de  
**Telefon:** 02 11 / 77 78-148, **Fax:** 02 11 / 77 78-207  
**Druck und Versand:** Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56,  
 40489 Düsseldorf

**Weiter im Netz:** Grafiken zum Download (Abdruck frei nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle) sowie weitere Informationen unter boecklerimpuls.de

## TrendTableau



► **EINKOMMEN:** Die Tariflöhne in Deutschland haben spürbar zugelegt: Im vergangenen Jahr sind die Vergütungen um 3,1 Prozent gestiegen. Nach Abzug der Inflation beträgt das reale tarifliche Lohnwachstum immer noch 2,2 Prozent. Das hat das WSI berechnet. „Den Gewerkschaften ist es erneut gelungen, Tarifsteigerungen durchzusetzen, die oberhalb der laufenden Preis-

steigerungsrate lagen“, sagt Reinhard Bispinck, Leiter des WSI-Tarifarchivs. Seit 2009 steigen die Löhne stärker als die Inflationsrate. Damit wächst die Kaufkraft der Beschäftigten, was wiederum die Konjunktur stützt. Eine Ausnahme bildete lediglich das Jahr 2011. Die deutschen Tarifabschlüsse spielen eine wichtige Rolle für die gesamte Eurozone:

„Angesichts der anhaltenden Rezession in vielen europäischen Ländern und der Deflationsgefahren kommt einer dauerhaften Stärkung der Lohnentwicklung und damit der Binnennachfrage gerade in Deutschland eine große Bedeutung zu“, sagt Bispinck. Insgesamt schlossen DGB-Gewerkschaften im vergangenen Jahr Lohn- und Gehaltstarifverträge für rund 7,6 Millionen

Beschäftigte ab. Für weitere 11,5 Millionen traten Erhöhungen in Kraft, die bereits früher vereinbart worden waren. Die aktuelle Tarifrunde dürfte weitere Steigerungen bringen – schließlich bleibt die wirtschaftliche Ausgangssituation gut. Verhandelt wird bereits in der Metall- und Elektroindustrie. Bald folgen öffentlicher Dienst und Chemieindustrie. WSI-Tarifarchiv, Januar 2015

Der nächste Böckler Impuls erscheint am 5. Februar

bestellen unter [boecklerimpuls.de](http://boecklerimpuls.de)